



Bürgerbefragung öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

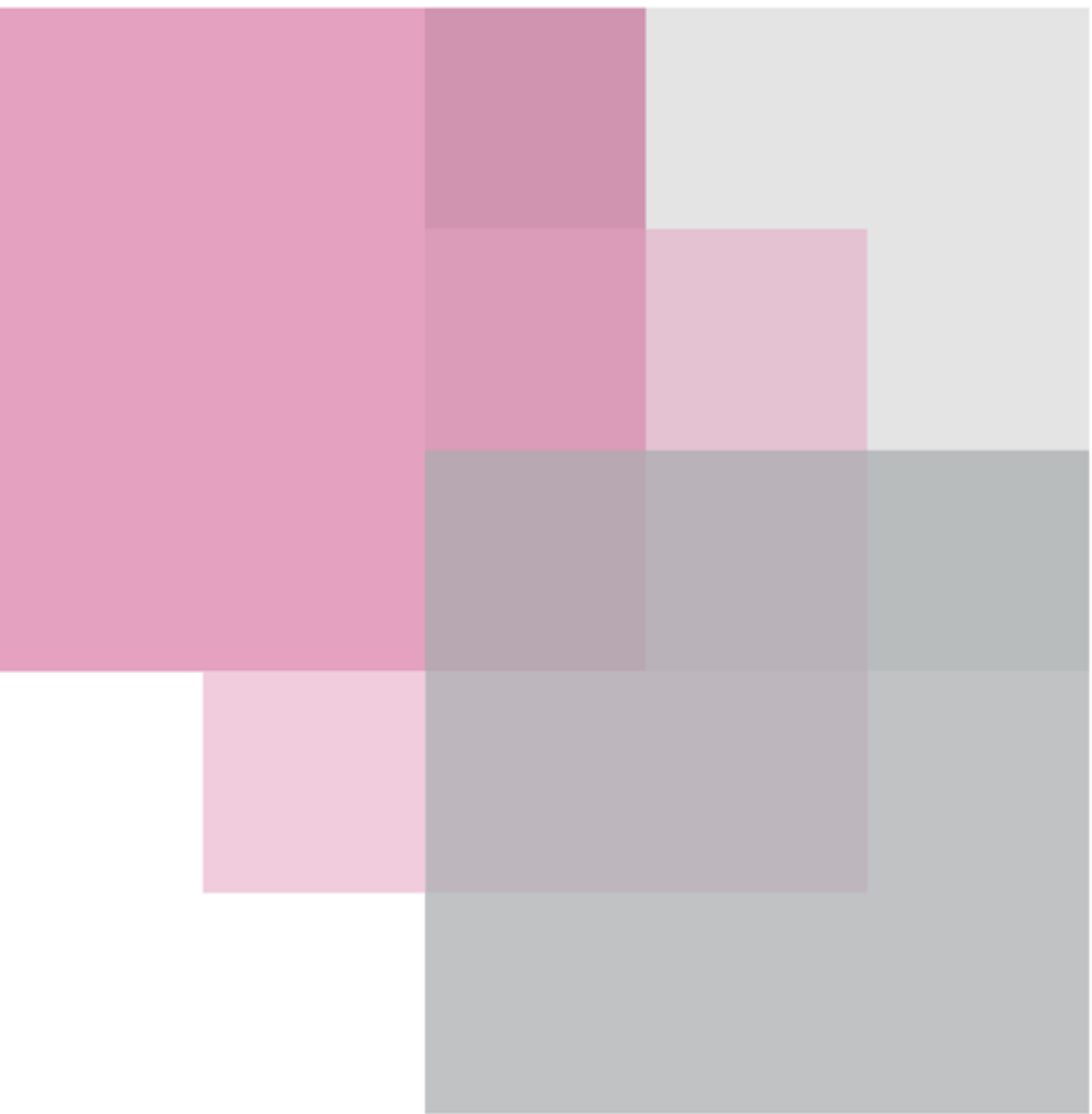
2014

Impressum

- Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin
- Quelle: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,
Umfrage Mai/Juni 2014
- Redaktion: Dr. Frank Zitka, dbb
- Fotos: christian müller, bild des Igor Mojzes, Andrey Burmakin, branex,
alphaspirit, ty, Kzenon
- Layout: M.-A. Neugebauer
- Herstellung: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Inhalt

Vorwort	7
Kurzfassung	9
Das Bild des öffentlichen Dienstes	
Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes	12
Das Beamtenprofil	15
Berufsranking	19
Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	22
Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen	24
Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst	
Inanspruchnahme von Behörden	28
Bürger und Verwaltung	29
Staat und Privatisierung	
Meinungen zur Rolle des Staates	32
Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?	35
Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen	
Zufriedenheit mit der Einkommenssituation	42
Einschätzung der Arbeitsbedingungen	44
Jugendliche im öffentlichen Dienst	49
Politische Stimmung im öffentlichen Dienst	51
Datengrundlage	52





Vorwort

Bereits zum achten Mal präsentieren das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion die „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“. Ziel der Untersuchung ist auch 2014, auf der Basis valider demoskopischer Umfragen ein repräsentatives Bild von der Einschätzung des öffentlichen Dienstes durch die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu zeigen. Zugleich wird eine Selbsteinschätzung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu ihrem beruflichen Umfeld erhoben. Die Gegenüberstellung mit den Ergebnissen seit 2007 erlaubt dabei, auch Strömungen und Trends in der Meinungsbildung zu analysieren.

Für den dbb nicht überraschend und erfreulich ist abzulesen, dass sich das Ansehen von „Gewerkschaftsfunktionären“ kontinuierlich verbessert hat. Das ist allerdings nicht der entscheidende Grund für den dbb, eine solche Befragung in Auftrag zu geben! Zudem wird dieses gewachsene Ansehen in der Steigerungsquote für „Beamte“ sogar noch übertroffen. Mit Feuerwehrleuten und Polizisten rangieren nach wie vor zwei elementare Berufe der öffentlichen Sicherheit an der Spitze der Skala.

Besonders herauszuheben ist, dass die Bürger nicht mehr mehrheitlich davon ausgehen, der öffentliche Dienst sei zu teuer. Und auch die Begeisterung für privatisierte Alternativen hat merklich abgenommen. Daraus sind Handlungsnotwendigkeiten auch für die Politik abzuleiten, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zumal unter demografischen Vorzeichen nachhaltig zu pflegen und – so erforderlich – zu verbessern.

So sehen wir in der hiermit vorgelegten „Bürgerbefragung 2014“ nicht nur ein aktuelles Spiegelbild des Staatsverständnisses der Staatsbürger und Staatsdiener, sondern auch eine Messlatte für Maßnahmen von Gesetzgebung und Verwaltung rund um den öffentlichen Dienst zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Berlin, im August 2014

Klaus Dauderstädt
Bundesvorsitzender



Kurzfassung

Die aktuellen Ergebnisse zeigen wie auch in den Vorjahren eine weiterhin positive Entwicklung des Bildes des öffentlichen Dienstes und der Beamten bei den Bürgerinnen und Bürgern im Land.

Beim Ansehen einzelner Berufsgruppen finden sich erneut einige Berufe des öffentlichen Dienstes an der Spitze. Und auch das Ansehen des „Beamten an sich“ ist seit der ersten Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst im Jahr 2007 angestiegen.

Die Tendenz der vergangenen Jahre, dass positive Eigenschaften den Beamten häufiger, negative Eigenschaften hingegen seltener zugeordnet werden, zeigt sich auch in diesem Jahr wieder.

Unverändert hoch ist auch die Inanspruchnahme der Behörden. Die dabei von den Behördenbesuchern gemachten Erfahrungen waren weiterhin überwiegend positiv: So halten zum Beispiel über 80 Prozent der Behördenbesucher die Mitarbeiter der Behörde, mit der sie zu tun hatten, für freundlich sowie gut qualifiziert und ausgebildet.

Auch wenn nach wie vor bei den Bürgern Zweifel an der Effizienz des öffentlichen Dienstes vorhanden sind, wird dennoch die Notwendigkeit eines starken Staates befürwortet. Und die meisten Einrichtungen der öffentlichen Hand werden auch für wichtig erachtet. Außerdem werden weitere Privatisierungen öffentlicher Leistungen von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht befürwortet, zumal die privatisierten, früher öffentlichen Leistungen nach Einschätzung der meisten Bürger im Vergleich zu früher nicht besser und schon gar nicht preiswerter, sondern teurer geworden sind.

Mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst ist auch 2014 eine Mehrheit der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zufrieden. Bei der Entlohnung fühlen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur Entlohnung in der freien Wirtschaft aber nach wie vor benachteiligt. Und wie in den vergangenen Jahren meinen rund 40 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten trotz der generellen Zufriedenheit mit ihrem Arbeitsplatz, dass sich ihre Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verschlechtert hätten.

Die Beurteilung der politischen Kompetenz der einzelnen Parteien für einige Politikfelder durch die öffentlich Bediensteten erfolgt auch nach der Bildung der neuen Regierungskoalition seit der Bundestagswahl 2013 durchaus differenziert. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten: die Beamten sprechen eher der Union, die Tarifbeschäftigten eher der SPD Kompetenz in den für den öffentlichen Dienst relevanten Politikfeldern zu.





Das Bild des öffentlichen Dienstes

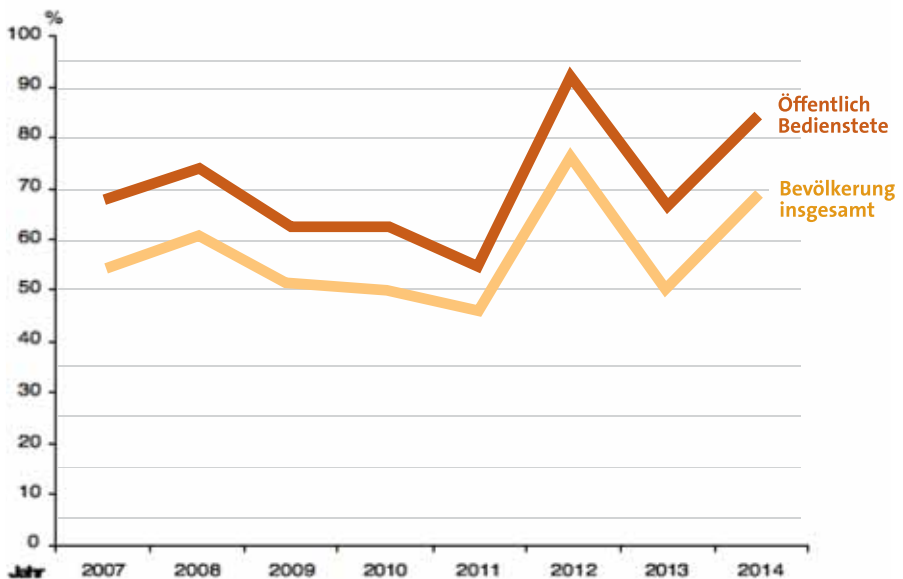
Das Bild des öffentlichen Dienstes

Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

Berichte über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten haben in den letzten Jahren immer mindestens die Hälfte aller Bundesbürger wahrgenommen. 2012 hatten sogar drei Viertel etwas vom öffentlichen Dienst gehört oder gelesen. 2014 ist der Anteil derer, die Berichte über den öffentlichen Dienst wahrgenommen haben, mit 69 Prozent wieder überdurchschnittlich hoch. Diese starke Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes 2012 und 2014 dürfte auf die intensive Berichterstattung über die Tarifruhen oder Streiks im öffentlichen Dienst zurückzuführen sein.

Im gesamten Zeitraum hatten die öffentlich Bediensteten selbst die Berichterstattung über ihr Arbeitsfeld erwartungsgemäß in höherem Maße wahrgenommen als der Durchschnitt aller Bürger.

> Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes im Zeitverlauf



Von den Bundesbürgern haben 2014 überdurchschnittlich häufig die älteren, über 45 Jahre alten Bürger sowie die Selbständigen etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen.

> Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

	Es haben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen	
	Bevölkerung insgesamt %	Öffentlich Bedienstete %
insgesamt	69	85
14- bis 29-Jährige	47	64
30- bis 44-Jährige	67	88
45- bis 59-Jährige	79	85
60 Jahre und älter	78	90
Arbeiter	61	-
Angestellte	72	-
Selbständige	75	-
Beamte	-	86
Tarifbeschäftigte	-	85

Die meisten Befragten, die etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen haben, haben 2014 etwas über Streiks im öffentlichen Dienst (51 %), über allgemeine Probleme der Besoldung (26 %) oder über die Tarifrunde bzw. den Tarifabschluss (15 %) wahrgenommen.

Von den öffentlich Bediensteten wurde häufiger die Tarifrunde bzw. der Tarifabschluss (41 %) wahrgenommen. 36 Prozent haben auch etwas über die Streiks, 23 Prozent etwas über die Probleme der Besoldung wahrgenommen.

> Wahrgenommene Inhalte der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst*)

	Bevölkerung insgesamt %	Öffentlich Bedienstete**) %
Streik im öffentlichen Dienst	51	36
allgemeine Besoldungsprobleme	26	23
Tarifrunde, Tarifabschluss	15	41
Altersvorsorge, Pensionen, Rente	9	7
Abbau von Beamtenstellen, längere Arbeitszeit	3	4
sicherer Job, Vergünstigungen	2	2
Berichte über:		
– Gewerkschaftsarbeit	4	4
– Lehrer	3	6
– Polizei	2	1
generell negative Berichte	4	4

*) Basis: Diejenigen, die etwas über den öffentlichen Dienst gehört oder gelesen haben

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Das Beamtenprofil

Wie bereits in den Vorjahren wurden den Bundesbürgern auch in 2014 verschiedene Eigenschaften mit der Bitte vorgegeben einzuschätzen, ob diese Eigenschaften ihrer Meinung nach auf die Beamten in Deutschland zutreffen oder nicht.

Aktuell stuft jeweils eine Mehrheit der Befragten die Beamten in Deutschland als pflicht- oder verantwortungsbewusst, zuverlässig, rechtschaffen und kompetent ein. Rund zwei Drittel halten die Beamten für hilfsbereit, etwa die Hälfte für unbestechlich. Als flexibel werden die Beamten nur von jedem dritten Befragten eingestuft.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten am häufigsten das Attribut „stur“ zugeschrieben (45 %). Rund ein Drittel der Befragten hält die Beamten außerdem für arrogant und mürrisch, nur wenige meinen, die Beamten in Deutschland seien ungerecht, ängstlich, schlecht oder gar überflüssig.

Im Vergleich zum Vorjahr werden den Beamten in Deutschland die meisten positiven Eigenschaften etwas häufiger, die negativen Eigenschaften (mit Ausnahme von „mürrisch“) seltener oder gleich selten wie im Vorjahr zugesprochen.

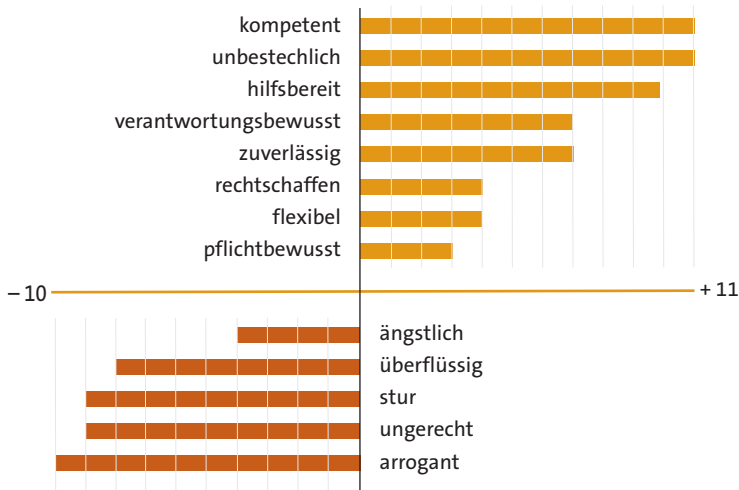
Vergleicht man das aktuelle Beamtenprofil der Bundesbürger mit dem Profil aus dem Jahr 2007, als die Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“ zum ersten Mal durchgeführt wurde, so sieht man, dass die positiv besetzten Eigenschaften – allen voran „kompetent“, „hilfsbereit“ und „unbestechlich“ – den Beamten heute mitunter deutlich häufiger als vor acht Jahren zugeschrieben werden.

Von den negativen Eigenschaften hingegen (vor allem „stur“, „arrogant“ und „ungerecht“) glauben im Jahr 2014 deutlich weniger Befragte als im Jahr 2007, dass diese auf die Beamten in Deutschland zutreffen.

> Beamtenprofil 2014: Fremdbild

	Bevölkerung					
	2007 %	2009 %	2011 %	2013 %	2014 %	Veränderung 2007–2014
pflichtbewusst	75	78	80	79	78	+3
verantwortungsbewusst	70	72	77	76	77	+7
zuverlässig	66	70	74	72	73	+7
rechtschaffen	67	70	71	68	71	+4
kompetent	59	64	66	68	70	+11
hilfsbereit	57	66	67	65	67	+10
unbestechlich	37	45	46	46	48	+11
flexibel	28	34	31	34	32	+4
stur	54	48	47	46	45	-9
arrogant	41	33	36	36	31	-10
ungerecht	26	20	19	17	17	-9
ängstlich	20	20	21	17	16	-4
schlecht	-	-	8	6	5	-
überflüssig	24	20	19	16	16	-8

> „Gewinner“ und „Verlierer“ seit 2007



Aktuell gehen etwas mehr Befragte als in den vergangenen Jahren davon aus, dass die Beamten bei den Bürgern generell ein hohes Ansehen haben: So meinen derzeit 18 Prozent, die Bürger hätten ein hohes Ansehen von Beamten. Im Jahr 2007 war dieser Anteil mit 13 Prozent niedriger. Entsprechend ist auch der Anteil derer, die glauben, die Beamten hätten ein geringes Ansehen, bei den Bürgern in diesem Zeitraum um 11 Prozentpunkte zurückgegangen.

Bei den Befragten selbst besitzen die Beamten heute ebenfalls ein höheres Ansehen als noch vor einigen Jahren (36 Prozent im Jahr 2014 zu 28 Prozent im Jahr 2007).

> Einschätzung des Ansehens der Beamten

	eingeschätztes Ansehen bei den Bürgern generell		persönliches Ansehen	
	hoch %	niedrig*) %	hoch %	niedrig*) %
2007	13	47	28	24
2008	13	44	27	20
2009	14	40	31	20
2010	13	42	30	19
2011	15	39	32	18
2012	16	37	35	19
2013	19	34	38	17
2014	18	36	36	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders hoch noch besonders gering“

Am höchsten ist das Ansehen der Beamten 2014 bei den jüngeren, unter 30 Jahre alten Befragten. Geringer als im Durchschnitt aller Befragten sind die Beamten bei den Arbeitern und Selbständigen angesehen.

> Einschätzung des Ansehens der Beamten

	eingeschätztes Ansehen bei den Bürgern generell		persönliches Ansehen	
	hoch	niedrig*)	hoch	niedrig*)
	%	%	%	%
insgesamt	18	36	36	18
14- bis 29-Jährige	27	31	42	16
30- bis 44-Jährige	14	43	32	16
45- bis 59-Jährige	15	36	31	17
60 Jahre und älter	16	34	38	21
Arbeiter	24	31	29	30
Angestellte	16	37	33	15
Selbständige	10	46	26	25
Beamte	12	35	67	2
Tarifbeschäftigte	12	38	35	13

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders hoch noch besonders gering“

Beruf ranking

Wie bei allen Bürgerbefragungen zum öffentlichen Dienst seit 2007 wurde auch 2014 wieder das Ansehen verschiedener Berufsgruppen ermittelt. Hierfür wurden den Befragten einzelne Berufsgruppen genannt mit der Bitte jeweils anzugeben, ob sie von dieser Berufsgruppe ein hohes oder ein nicht so hohes Ansehen haben.

An der Spitze stehen wie bereits in den vergangenen Jahren die Feuerwehrmänner, die Kranken- bzw. Altenpfleger sowie Ärzte, die bei nahezu allen Bürgern ein hohes Ansehen haben.

Das Ansehen der Beamten generell ist 2014 wieder geringfügig um 2 Prozentpunkte auf 38 Prozent zurückgegangen. Im Vergleich zu 2007 entspricht dies aber immer noch einer Verbesserung um 11 Prozentpunkte.

Ein etwas geringeres Ansehen als im Vorjahr weisen außerdem auch die Piloten (-4 Prozentpunkte), Unternehmer (-4 Prozentpunkte), Mitarbeiter einer Werbeagentur (-3 Prozentpunkte), Briefträger und Bankangestellte (jeweils -2 Prozentpunkte) auf.

Ein höheres Ansehen als im vergangenen Jahr genießen Richter (+4 Prozentpunkte), Dachdecker, Lebensmittelkontrolleure, Anwälte und Steuerbeamte (jeweils +3 Prozentpunkte), Lokführer, Steuerberater sowie Manager (jeweils +2 Prozentpunkte).

Seit 2007 hat sich neben dem Ansehen der Beamten (+11 Prozentpunkte) insbesondere das Ansehen von Müllmännern (+15 Prozentpunkte), von Lehrern, Dachdeckern und Briefträgern (jeweils +9 Prozentpunkte), von Gewerkschaftsfunktionären (+8 Prozentpunkte) und von Steuerbeamten (+7 Prozentpunkte) verbessert.

> Ansehen einzelner Berufsgruppen

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen von:	2007	2013	2014	Veränderung	
	%	%	%	2013 – 2014	2007 – 2014
Feuerwehrmann	90	94	95	+1	+5
Kranken-/Altenpfleger	85	89	90	+1	+5
Arzt	86	88	89	+1	+3
Polizist	78	83	84	+1	+6
Kita-/Kindergartenmitarbeiter	**)	84	83	-1	-
Richter	77	77	81	+4	+4
Pilot	**)	82	78	-4	-
Müllmann	63	76	78	+2	+15
Hochschulprofessor	**)	74	74	0	-
Lehrer	63	73	72	-1	+9
Techniker	**)	68	69	+1	-
Lokführer	**)	67	69	+2	-
Dachdecker	58	64	67	+3	+9
Briefträger	52	65	63	-2	+9
Lebensmittelkontrolleur	**)	60	63	+3	-
Soldat	**)	63	62	-1	-
Justizvollzugsbeamter ****)	-	-	60	-	-
Anwalt	58	56	59	+3	+1
Unternehmer	61	62	58	-4	-3
Studienrat	53	52	52	0	-1
Journalist	47	48	49	+1	+2
Steuerberater	47	42	44	+2	-3
EDV-Sachbearbeiter	43	39	40	+1	-3
Beamter	27	40	38	-2	+11
Bankangestellter	38	37	35	-2	-3
Steuerbeamter	28	32	35	+3	+7
Manager	37	30	32	+2	-5
Gewerkschaftsfunktionär	23	32	31	-1	+8
Politiker	20	21	21	0	+1
Mitarbeiter einer Telefongesellschaft ***)	17	19	18	-1	+1
Mitarbeiter einer Werbeagentur	18	19	16	-3	-2
Versicherungsvertreter	11	12	12	0	+1

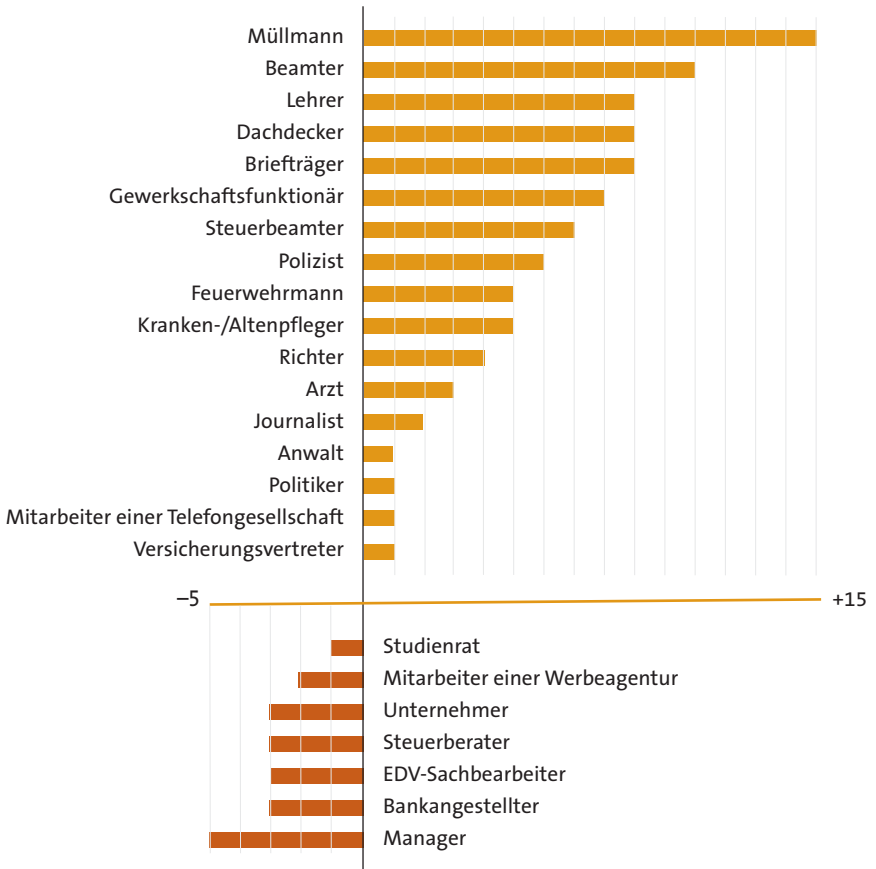
*) dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

***) 2007 nicht abgefragt

****) bis 2011: Telekom-Mitarbeiter

*****) neu in 2014

> „Gewinner“ und „Verlierer“ seit 2007



Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Den Befragten wurden auch 2014 acht Aussagen über den öffentlichen Dienst vorgelegt:

1. „Die öffentliche Verwaltung ist viel zu stark aufgebläht und kostet zu viel.“
2. „Die öffentliche Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher.“
3. „Heutzutage wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden.“
4. „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich.“
5. „Die öffentliche Verwaltung ist im Vergleich zur freien Wirtschaft viel zu schwerfällig.“
6. „Weil es heute immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt.“
7. „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger in gleichem Maße mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“
8. „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.“

Zu jeder Aussage wurde der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung ermittelt.

Zwei der Aussagen („Starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“ und „Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen“) können als Gradmesser interpretiert werden, in welchem Maße der Staat bzw. Dienstleistungen in öffentlicher Hand auch in der heutigen Zeit für erforderlich gehalten werden.

Die anderen sechs Aussagen beziehen sich eher auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Von der Notwendigkeit eines starken Staates sind derzeit 85 Prozent und damit mehr Befragte als vor sechs Jahren überzeugt. 63 Prozent – ebenfalls etwas mehr als 2008 – meinen auch, dass der öffentliche Dienst eine flächendeckende Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen garantiere.

Bei der Beurteilung der Effizienz des öffentlichen Dienstes überwiegen zwar nach wie vor die eher kritischen Urteile, allerdings mit leichtem Rückgang im Vergleich zu 2008. So meinen derzeit 70 Prozent, die öffentliche Verwaltung sei zu aufgebläht und koste zu viel. 76 Prozent halten die Verwaltung im Vergleich zur freien Wirtschaft für zu schwerfällig, 75 Prozent sehen durch Bürokratie und bürokratische Vorschriften die Freiheit der einzelnen Bürger immer stärker eingeschränkt. 70 Prozent meinen außerdem, dass viel zu viel verwaltet werde und mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden sollte.

Die Verwaltung heute halten 63 Prozent für viel bürgerfreundlicher als früher, und 38 Prozent – immerhin 10 Prozentpunkte mehr als noch 2008 – meinen, die öffentlichen Verwaltungen seien inzwischen genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.

> Staat und Bürokratie: Notwendigkeit und Effizienz

		2008	2014
		%	%
Notwendigkeit:			
– „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“	ja	76	85
	nein	22	14
– „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden“	ja	54	63
	nein	43	35
Effizienz:			
– „Die öffentliche Verwaltung ist zu aufgebläht und kostet zu viel“	ja	78	70
	nein	19	27
– „Die Verwaltung ist viel zu schwerfällig“	ja	81	76
	nein	16	21
– „Wenn es immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt“	ja	80	75
	nein	20	23
– „Es wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden“	ja	75	70
	nein	24	30
– „Die Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher“	ja	58	63
	nein	35	30
– „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen“	ja	28	38
	nein	67	57

Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen

Seit 2011 werden die Befragten im Rahmen der Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst gebeten, 18 öffentliche Einrichtungen nach ihrer Wichtigkeit einzuordnen und die Arbeit der Einrichtungen anhand von Schulnoten zu bewerten. Nach wie vor werden die meisten öffentlichen Einrichtungen – allen voran Schulen, Krankenhäuser, Polizei und Kriminalpolizei, Kindergärten, Fachhochschulen und Universitäten, Straßenreinigung und Müllabfuhr und Gerichte – als wichtig erachtet.

Als am wenigsten wichtig werden Museen, Landesministerien sowie Landesmedienanstalten erachtet.

Bei der Bewertung anhand von Schulnoten hat sich bei den verschiedenen Einrichtungen seit 2011 kaum etwas geändert. Mit einer Bewertung von 1,9 wird derzeit die Straßenreinigung und Müllabfuhr am besten bewertet, gefolgt von Kindergärten (2,0), der Polizei und den Fachhochschulen und Universitäten (jeweils 2,1).

Am schlechtesten schneiden wie auch im Vorjahr die Arbeitsämter (3,1), die Ministerien auf Bundes- und Landesebene sowie die Landesmedienanstalten (jeweils 2,9) ab.

> **Wichtigkeit und Bewertung von Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Hand**

	wichtig %	unwichtig*) %	Bewertung**)	
			2011	2014
Schulen	99	0	2,4	2,4
Krankenhäuser	98	0	2,2	2,2
Polizei, Kriminalpolizei	98	0	2,1	2,1
Kindergärten	97	1	2,0	2,0
Fachhochschulen, Universitäten	97	0	2,2	2,1
Straßenreinigung, Müllabfuhr	96	1	2,0	1,9
Gerichte	96	0	2,4	2,3
Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter	92	3	2,6	2,6
Sozialämter	88	4	2,8	2,8
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	86	5	2,6	2,6
Finanzämter	79	9	2,7	2,6
Arbeitsämter	78	9	3,2	3,1
Hallenbäder, Freibäder	78	8	2,5	2,5
Bibliotheken	77	12	2,3	2,2
Bundesministerien	71	11	3,0	2,9
Museen	69	13	2,3	2,3
Landesministerien	60	16	3,0	2,9
Landesmedienanstalten	47	25	2,9	2,9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders wichtig noch besonders unwichtig“ bzw. „weiß nicht“

**) Bewertung nach Schulnoten; dargestellt ist immer der Mittelwert



The background image shows a fire truck with its rear door open. Inside the truck, several firefighters in dark blue uniforms with bright yellow reflective stripes are visible. One firefighter in the foreground is wearing a yellow high-visibility vest over a dark blue long-sleeved shirt. The scene is brightly lit, possibly by sunlight, creating a high-contrast, slightly overexposed effect. The text is overlaid on the left side of the image.

**Erfahrungen der Bürger
mit dem öffentlichen Dienst**

Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst

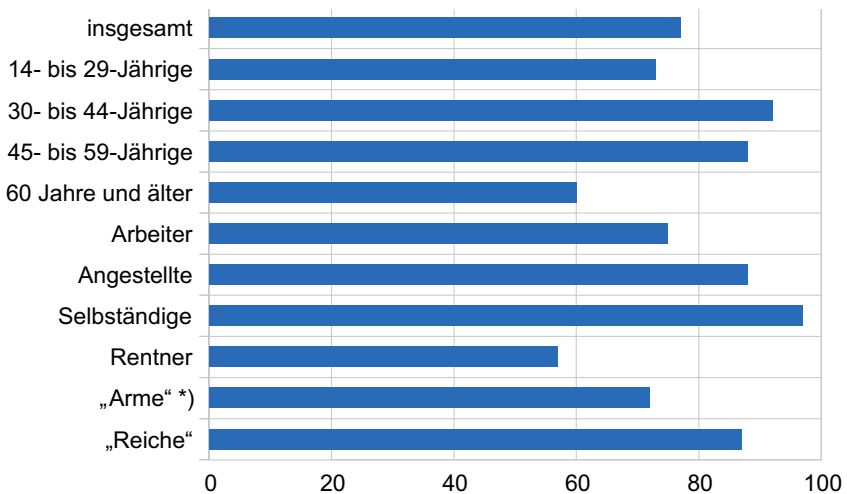
Inanspruchnahme der Behörden

Der Anteil derer, die Kontakte mit Behörden haben, ist seit Jahren konstant. So hatten auch im vergangenen Jahr wieder etwas mehr als drei Viertel aller Bürger Kontakt zu einer Behörde.

Die älteren, über 60 Jahre und die jüngeren, unter 30 Jahre alten Bürger nehmen Behörden in geringerem Maße in Anspruch als die anderen Altersgruppen. Besonders häufig hatten wie in den Vorjahren die Selbständigen und die „Besserverdiener“ Kontakt mit Behörden.

> Behördenkontakte

Es hatten im letzten Jahr Kontakt mit Behörden in %



*) „Arme“ = Haushaltsnettoeinkommen unter € 1.000;
„Reiche“ = Haushaltsnettoeinkommen über € 3.000

Wie auch in den vergangenen Jahren hatten die meisten Bürger im letzten Jahr mit Behörden der kommunalen Verwaltung (68 %) oder mit Finanzbehörden (43 %) zu tun.

> Behördenbesuche

Es hatten im letzten Jahr zu tun mit:	Bevölkerung insgesamt						
	2008 %	2009 %	2010 %	2011 %	2012 %	2013	2014*)
Kommunalverwaltung	88	80	93	81	74	64	68
Finanzverwaltung	36	35	37	49	46	50	43
„Recht und Ordnung“	17	16	16	16	13	15	13
Arbeitsverwaltung	10	9	11	12	12	12	11

*) Prozentsumme größer als 100 Prozent, da Mehrfachnennungen möglich

Bürger und Verwaltung

Diejenigen Bürger, die im letzten Jahr Kontakt mit Behörden hatten, wurden um eine Einschätzung verschiedener Aspekte ihres Behördenkontakts gefragt.

Zwei Drittel aller Befragten geben an, dass ihre Angelegenheit sofort bearbeitet wurde. 31 Prozent hingegen mussten längere Zeit warten.

83 Prozent stufen die Behördenmitarbeiter als für ihre Tätigkeit gut qualifiziert und ausgebildet ein. Zu 84 Prozent der Befragten waren die Mitarbeiter der Behörde auch freundlich.

Diese Urteile über die Behandlung durch die Behörden haben sich in den letzten Jahren kaum verändert.

> Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst

(Basis: Behördenbesucher)

	Behördenbesucher*)				
	2007 %	2008 %	2012 %	2013 %	2014*) %
Die Angelegenheit wurde sofort bearbeitet:					
– ja	68	64	69	69	67
– nein, man musste längere Zeit warten	30	34	30	29	31
Die Mitarbeiter waren für ihre Tätigkeit qualifiziert und ausgebildet:					
– gut	79	82	84	87	83
– weniger gut, schlecht	15	14	14	12	14
Die Mitarbeiter waren freundlich:					
– ja	83	84	86	87	84
– nein	14	14	12	11	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Staat und Privatisierung

Staat und Privatisierung

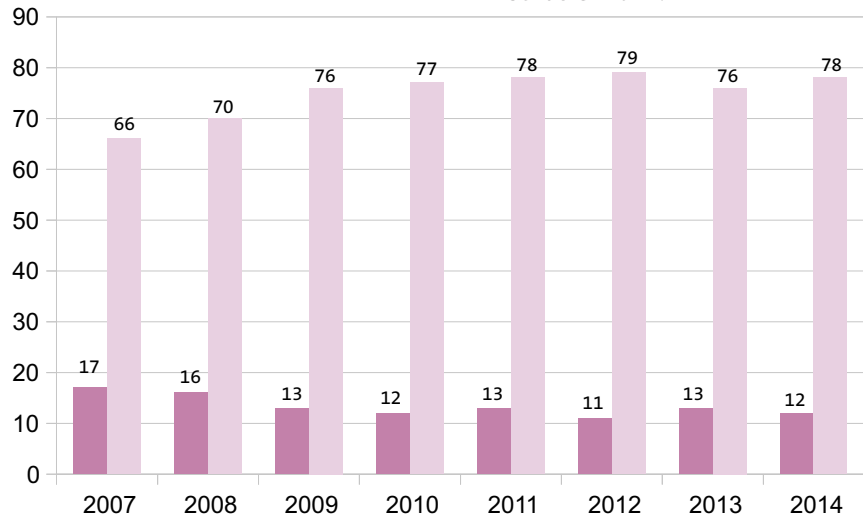
Meinungen zur Rolle des Staates

Die Einschätzungen der Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft ist seit 2009 weitgehend konstant: So glauben aktuell 12 Prozent, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat braucht, da der Markt alles richten wird. 78 Prozent hingegen glauben, dass in einer globalisierten Gesellschaft ein starker Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann, wichtig ist.

> Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft im Zeitverlauf

Es stimmen der Auffassung zu:
In einer globalisierten Gesellschaft braucht man...

- ... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten.
- ... einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann.



Dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat braucht, da der Markt alles richten wird, glauben Arbeiter, Angestellte und Selbständige häufiger als die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

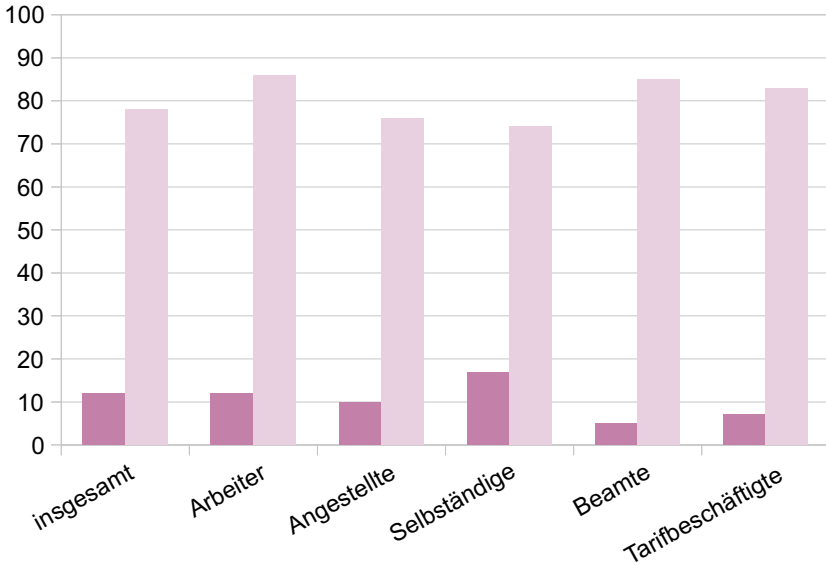
Einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann, halten 78 Prozent für notwendig. Arbeiter, Beamte und Tarifbeschäftigte sehen dies häufiger so als Angestellte und Selbständige.

> Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

Es stimmen der Auffassung zu:

In einer globalisierten Gesellschaft braucht man...

- ... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten.
- ... einen starken Staat, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann.



In Deutschland gibt es nach Ansicht von 57 Prozent der Befragten zu viel staatliche Bürokratie. 37 Prozent empfinden das Ausmaß staatlicher Bürokratie als gerade richtig.

Dass es zu viel staatliche Bürokratie in Deutschland gibt, meinen insbesondere die Erwerbstätigen der „freien“ Wirtschaft (und hier vor allem die Selbständigen) sowie Tarifbeschäftigte. Befragte, die häufig mit Behörden in Kontakt stehen, halten das Ausmaß an staatlicher Bürokratie noch häufiger als Befragte ohne häufigen Behördenkontakt für zu groß.

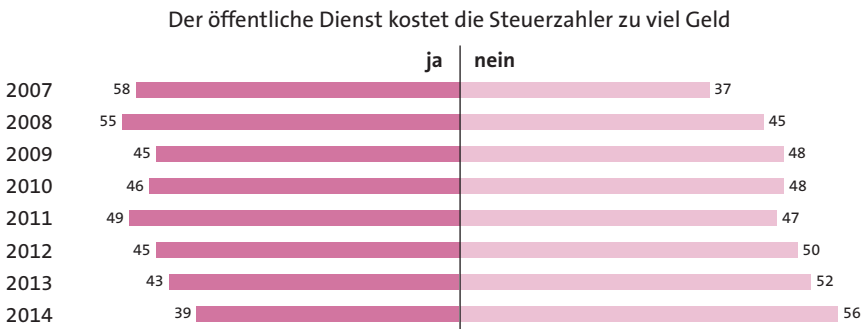
> Meinungen zum Ausmaß der staatlichen Bürokratie in Deutschland

	Staatliche Bürokratie gibt es in Deutschland		
	zu viel	gerade richtig %	zu wenig *) %
insgesamt	57	37	4
Arbeiter	66	31	2
Angestellte	62	32	4
Selbständige	74	23	1
Beamte	46	51	3
Tarifbeschäftigte	62	34	3
Behördenkontakt:			
– häufig	61	33	4
– selten	53	40	5

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet, meinten 2007 noch 58 Prozent. 2013 ist dieser Anteil auf 43 Prozent gesunken. Die Mehrheit von 52 Prozent meint heute, dass dies nicht der Fall ist.

> Meinungen zu den Kosten der Bürokratie



Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?

Den Bundesbürgern wurden wie bereits in den Vorjahren auch in 2014 wieder verschiedene öffentliche Dienstleistungen vorgegeben mit der Bitte anzugeben, ob diese Aufgaben bzw. Dienstleistungen in der öffentlichen Hand bleiben sollten oder ob diese Aufgaben und Dienstleistungen auch von Privatfirmen erledigt werden könnten.

Bei aller immer noch teilweise geübten Kritik an der Bürokratie unterstützt nach wie vor eine große Mehrheit der Befragten den Ruf nach mehr Privatisierungen nicht. Für nahezu alle Bürger ist es nicht vorstellbar, dass Aufgaben wie die der Polizei, des Gerichtswesens oder des Strafvollzugs privatisiert werden könnten. Eine große Mehrheit kann sich dies auch nicht von der Finanzverwaltung, der Feuerwehr, den Schulen oder der Rentenversicherung vorstellen.

Im Vergleich zur ersten Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst im Jahr 2007 hat sich sogar der Anteil derer, die meinen, die verschiedenen Aufgaben sollten im öffentlichen Dienst bleiben, bezüglich vieler Sektoren noch erhöht: So meinen aktuell mehr Befragte als 2007, dass Schulen, die Rentenversicherung, Hochschulen, Krankenhäuser, Arbeitsvermittlung, die Müllentsorgung, die Energieversorgung und der öffentliche Nahverkehr unbedingt in öffentlicher Hand bleiben sollten.

> Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

	Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen			
	sollten unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben		könnten ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden	sollten unbedingt privatisiert werden*)
	2007 %	2014 %		
Polizei	97	98	1	0
Gerichtswesen	96	96	3	0
Strafvollzug	92	90	7	1
Finanzverwaltung	85	88	9	2
Feuerwehr	83	88	11	1
Schulen	76	83	15	1
Rentenversicherung	70	78	17	3
Hochschulen	66	74	23	2
Krankenhäuser	61	71	25	4
Arbeitsvermittlung/-ämter	40	55	35	9
Müllentsorgung	41	54	39	7
Energieversorgung	40	55	37	7
öffentlicher Nahverkehr	39	47	45	7
Theater, Museen	33	34	56	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

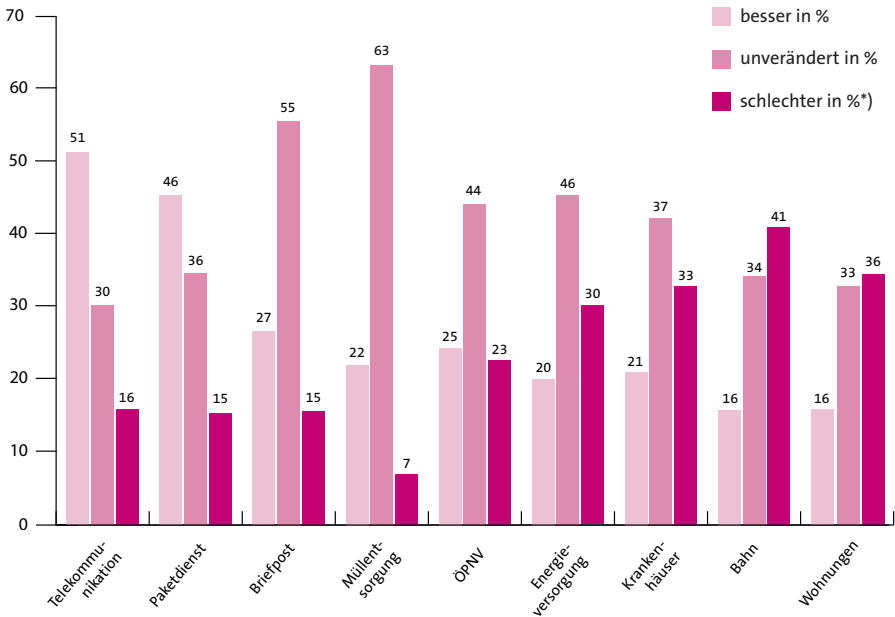
Bei der Einschätzung der Leistungen der privatisierten bzw. zum Teil privatisierten Dienstleistungen ist auch 2014 die Mehrheit der Befragten nicht der Meinung, dass die Leistungen der meisten abgefragten Unternehmen nach der Privatisierung besser geworden sind.

Eine Verbesserung der Leistungen wird - wenn überhaupt – nur bei der Telekommunikation und den Paketdiensten gesehen. Bei den meisten Leistungen (wie Briefpost, Müllentsorgung, öffentlicher Nahverkehr und Energieversorgung) sehen die Befragten keine Veränderung, bei der Bahn und dem Wohnungsangebot sogar eine deutliche Verschlechterung.

Dass die Kosten nach der Privatisierung jetzt günstiger sind, sagen die Befragungen lediglich bei der Telekommunikation. Ansonsten überwiegt bei allen Bereichen der Anteil derer, die von gestiegenen Kosten für die Leistungen ausgehen. Dies gilt insbesondere für die Briefpost, den öffentlichen Nahverkehr, die Bahn, die Energieversorgung und Wohnungen.

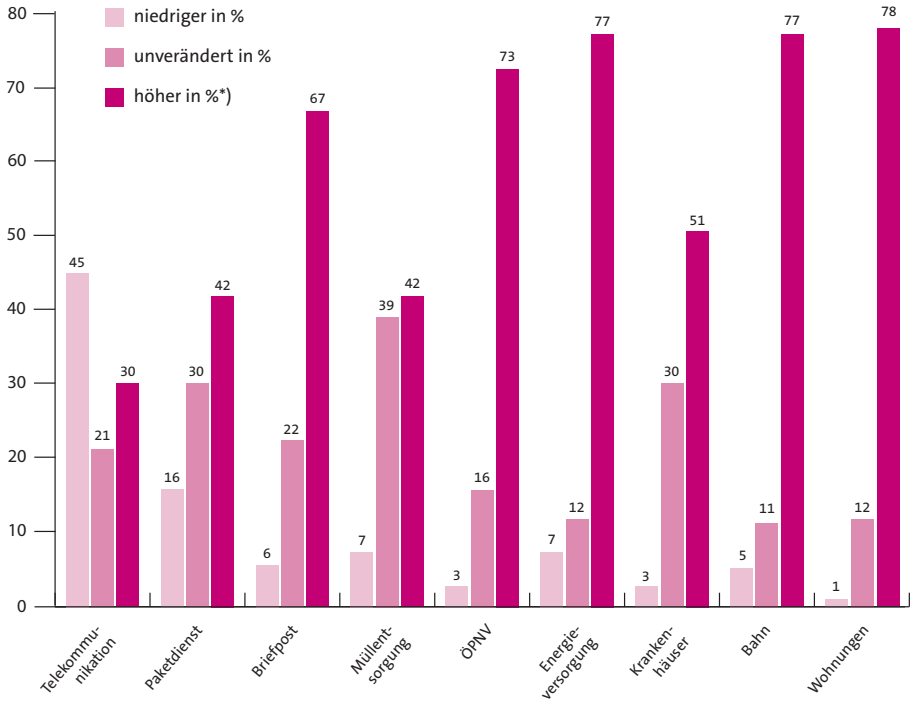
> Qualität und Kosten von Dienstleistungen nach der Privatisierung

Die Leistungen sind nach der Privatisierung



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

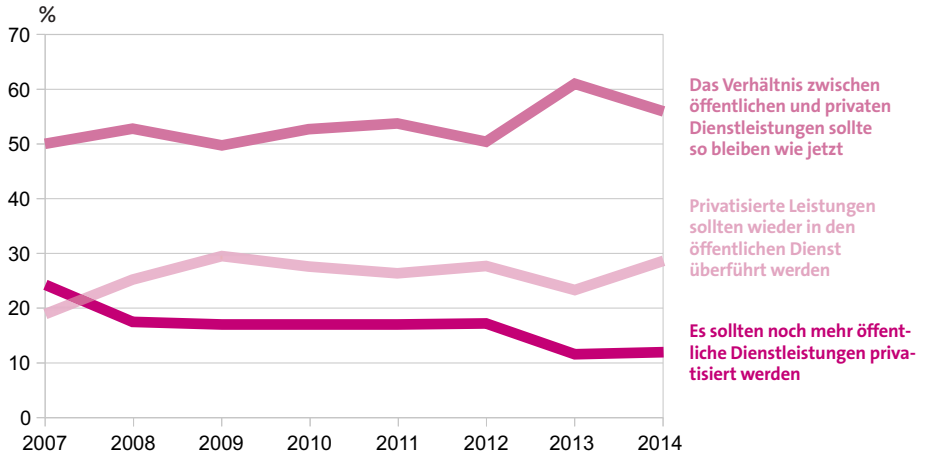
Die Kosten sind nach der Privatisierung



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Während bei der ersten Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst noch 24 Prozent der Bürger der Ansicht waren, es sollten noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden, ist dieser Anteil im Laufe der Jahre um die Hälfte auf nun nur noch 12 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil derer, die meinen, privatisierte Leistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden, um 9 Prozentpunkte von 19 auf 28 Prozent gestiegen.

> Meinungen zu weiteren Privatisierungen*



*) 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“





**Die öffentlich Bediensteten:
Zufriedenheit und Erwartungen**

Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

Zufriedenheit mit der Einkommenssituation

2014 meinen die öffentlich Bediensteten wie auch schon in den Vorjahren mehrheitlich (78 %), dass die Einkommen im öffentlichen Dienst im Vergleich zu den Einkommen in der freien Wirtschaft weniger stark gestiegen sind. Nur wenige öffentlich Bedienstete sind der Ansicht, dass ihre Einkommen stärker (6 %) oder in gleichem Maße (13 %) wie die Einkommen in der freien Wirtschaft gestiegen seien.

› Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft sind die Einkommen im öffentlichen Dienst		
		stärker gestiegen	in gleichem Maße gestiegen	weniger stark gestiegen*)
		%	%	%
Insgesamt:	2007	5	10	82
	2008	5	9	84
	2009	4	10	82
	2010	5	15	76
	2011	7	14	77
	2012	4	8	85
	2013	6	12	85
	2014	6	13	78
Beamte		7	14	75
Tarifbeschäftigte		3	9	85

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (51 %) hält die Bezahlung im öffentlichen Dienst im Vergleich zur freien Wirtschaft für zu gering. Etwas weniger Befragte (46 %) halten die Bezahlung im öffentlichen Dienst für angemessen.

Beamte halten die Bezahlung im öffentlichen Dienst etwas häufiger als die Tarifbeschäftigten für angemessen.

> Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst
(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft ist die Bezahlung im öffentlichen Dienst		
		zu hoch %	angemessen %	zu niedrig*) %
Insgesamt:	2007	2	42	53
	2008	2	40	56
	2009	2	43	53
	2010	1	48	48
	2011	2	46	50
	2012	2	49	48
	2013	2	52	45
	2014	2	46	51
	Beamte		1	51
Tarifbeschäftigte		2	43	54

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Einschätzung der Arbeitsbedingungen

Die Zufriedenheit der öffentlich Bediensteten hält sich seit Beginn der Untersuchung im Jahr 2007 auf einem hohen Niveau. Derzeit geben 71 Prozent der öffentlich Bediensteten an, mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden zu sein. Lediglich 13 Prozent sind nicht zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen.

Tarifbeschäftigte sind etwas häufiger als Beamte mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden.

> Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Es sind mit ihren Arbeitsbedingungen	
		zufrieden %	unzufrieden*) %
insgesamt:	2007	65	20
	2008	64	16
	2009	68	14
	2010	72	14
	2011	75	11
	2012	71	12
	2013	71	12
	2014	71	13
Beamte		63	17
Tarifbeschäftigte		76	11
14- bis 29-Jährige		73	9
30- bis 44-Jährige		69	13
45- bis 59-Jährige		72	13
60 Jahre und älter		68	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders zufrieden noch unzufrieden“

Obwohl nach wie vor eine Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden ist, meinen auch 2014 wie bereits in den Vorjahren rund zwei Fünftel (43 %) der Beschäftigten, dass sich die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren verschlechtert hätten. 20 Prozent meinen, die Arbeitsbedingungen hätten sich in den letzten Jahren verbessert.

Beamte meinen noch häufiger als Tarifbeschäftigte, dass sich die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verschlechtert hätten.

> Entwicklung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren		
		verbessert	verschlechtert	sind unverändert geblieben*)
		%	%	%
insgesamt:	2007	24	47	27
	2008	18	46	34
	2009	22	40	30
	2010	23	40	35
	2011	23	38	37
	2012	21	40	37
	2013	18	44	37
	2014	20	43	36
	Beamte	15	51	32
	Tarifbeschäftigte	24	37	38
14- bis 29-Jährige	20	22	55	
30- bis 44-Jährige	20	33	46	
45- bis 59-Jährige	22	47	30	
60 Jahre und älter	15	51	31	

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nach wie vor hält eine Mehrheit der öffentlich Bediensteten (61 %) eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger für attraktiv. 30 Prozent hingegen halten den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger für nicht so attraktiv, 9 Prozent gar für unattraktiv.

Jüngere, unter 45 Jahre alte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind noch etwas häufiger als die über 45 Jahre alten öffentlich Bediensteten der Ansicht, dass der öffentliche Dienst für Berufseinsteiger attraktiv sei.

> Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Der öffentliche Dienst ist für Berufseinsteiger		
		attraktiv %	nicht so attraktiv %	unattraktiv*) %
insgesamt:	2008	57	33	10
	2009	60	30	10
	2010	63	28	8
	2011	61	31	7
	2012	57	33	9
	2013	60	29	9
	2014	61	30	9
	Beamte		57	35
Tarifbeschäftigte		63	27	10
14- bis 29-Jährige		69	27	4
30- bis 44-Jährige		66	26	7
45- bis 59-Jährige		59	30	10
60 Jahre und älter		55	37	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Dienst werden von den Beschäftigten im Vergleich zu den Aufstiegsmöglichkeiten in der freien Wirtschaft mehrheitlich (67 %) als schlechter eingeschätzt. Rund ein Viertel (23 %) hält die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst für gleich gut wie in der freien Wirtschaft, 7 Prozent für schlechter.

> Einschätzung der Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst sind im Vergleich zur Privatwirtschaft		
		besser %	genauso %	schlechter*) %
insgesamt:	2008	7	23	70
	2009	7	26	64
	2010	8	22	68
	2011	10	28	60
	2012	8	26	65
	2013	8	24	66
	2014	7	23	67
	Beamte		4	21
Tarifbeschäftigte		9	24	62
14- bis 29-Jährige		5	29	65
30- bis 44-Jährige		8	27	64
45- bis 59-Jährige		7	20	69
60 Jahre und älter		6	25	64

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass der öffentliche Dienst beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräfte gegenüber der Privatwirtschaft im Vorteil ist, meinen 19 Prozent der öffentlich Bediensteten.

Diejenigen, die den öffentlichen Dienst beim Werben um Berufseinsteiger im Vorteil sehen, meinen dies vor allem wegen der beruflichen Sicherheit im öffentlichen Dienst (79 %).

Die Mehrheit der öffentlich Bediensteten (62 %) meint hingegen, der öffentliche Dienst sei beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften gegenüber der Privatwirtschaft im Nachteil – vor allem wegen der ihrer Ansicht nach schlechteren Entlohnung oder der fehlenden und weniger vielfältigen Karriereemöglichkeiten im öffentlichen Dienst.

› Einschätzungen zur Stellung des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft beim Werben von Berufseinsteigern und Fachkräften

(Basis: öffentlich Bedienstete)

Beim Werben um Berufseinsteiger und Fachkräfte ist der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft	insgesamt %	Beamte %	Tarif- beschäftigte %
im Vorteil, wegen:*)	19	16	22
– Sicherheit	79	92	73
– Entlohnung	13	8	16
– Vielfalt und Aufstiegsmöglichkeiten	11	6	14
– Arbeitsbedingungen	9	5	11
– generelle Attraktivität	4	0	5
– Status	3	3	2
im Nachteil, wegen:**)	62	66	59
– schlechtere Entlohnung	61	62	60
– nicht so vielfältig und weniger Karrieremöglichkeiten	38	40	36
– mangelnde Flexibilität	11	9	12
– geringerer Status	10	11	9
– generelle Unattraktivität	10	10	10
– mangelnde Kommunikation des öffentlichen Dienstes	9	9	8
– schlechtere Arbeitsbedingungen	9	11	7
– wachsende Unsicherheit im öffentlichen Dienst	5	4	5
weder noch	19	18	19

*) Basis: Befragte, die den öffentlichen Dienst im Vorteil sehen

**) Basis: Befragte, die den öffentlichen Dienst im Nachteil sehen

Jugendliche im öffentlichen Dienst

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über Fachkräftemangel und Nachwuchsprobleme wurden im Rahmen der Bürgerbefragung 2014 wiederum 14- bis 18-jährige Jugendliche nach ihren Motiven für ihre anstehende Ausbildungs- und Berufswahl und der Attraktivität des öffentlichen Dienstes befragt.

Den Jugendlichen wurden vierzehn mögliche Motive für die persönliche Ausbildungs- und Berufswahl genannt. Sie konnten dann mehrere Motive auswählen.

Für die meisten Jugendlichen ist es bei der Entscheidung für einen Beruf bzw. die berufliche Ausbildung besonders wichtig, dass sie ihre eigenen Interessen und Neigungen entfalten können (90 %), dass der Beruf ihnen gute Weiterbildungsmöglichkeiten bietet (88 %), sie qualitativ hochwertige Arbeit leisten können (82 %) und einen sicheren Arbeitsplatz haben (82 %).

Im Hinblick auf eine Berufswahl im öffentlichen Dienst spielen die einzelnen Motive für die Jugendlichen eine etwas geringere Rolle als bei der generellen Berufswahl.

> Motive für die Ausbildungs- und Berufswahl

(Basis: 14- bis 18-Jährige)

	Gründe für die Ausbildungs- und Berufswahl		
	generell %	im öffentlichen Dienst %	Prozent- differenz*)
Interessen und Neigungen entfalten	90	56	+ 34
gute Weiterbildungsmöglichkeiten	88	83	+ 5
hochwertige Arbeit leisten	82	76	+ 6
sicherer Arbeitsplatz	82	73	+ 9
erfinderisch und kreativ arbeiten	78	63	+ 15
Zusammenarbeit mit anderen Menschen	77	75	+ 2
aufsteigen und Karriere machen	75	66	+ 9
Verantwortung übernehmen	72	65	+ 7
Nähe zur Familie	71	61	+ 10
Führungsverantwortung übernehmen	67	56	+ 11
viel Geld verdienen	64	51	+ 13
mit modernster Technik arbeiten	45	40	+ 5
Anerkennung bei Freunden finden	41	47	- 6
irgendwann eigenes Unternehmen gründen	39	23	+ 16

*) Prozentdifferenz = Anteil „generelle Gründe“ minus Anteil „Gründe öffentlicher Dienst“

Für 62 Prozent der Jugendlichen kommt eine Ausbildung oder ein späterer Berufseinstieg im öffentlichen Dienst in Betracht, 31 Prozent schließen das aus.

Politische Stimmung im öffentlichen Dienst

Die öffentlich Bediensteten wurden nach ihrer Einschätzung gefragt, welche Parteien sich um die verschiedenen Aspekte des öffentlichen Dienstes am besten kümmern würden.

Nach Meinung von 22 Prozent der Beamten und 12 Prozent der Tarifbeschäftigten setzt sich die CDU/CSU in besonderem Maße für eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst ein. 26 bzw. 27 Prozent meinen dies von der SPD. 44 Prozent der Beamten und 51 Prozent der Tarifbeschäftigten glauben dies von keiner Partei.

Dass die CDU/CSU am besten dafür sorgt, dass der öffentliche Dienst in der Öffentlichkeit Anerkennung findet, meinen 29 Prozent der Beamten und 17 Prozent der Tarifbeschäftigten. Von der SPD meinen dies 18 bzw. 21 Prozent. Wiederum ist über die Hälfte der Befragten (50 bzw. 58 %) der Ansicht, keine Partei würde am besten für öffentliche Anerkennung und Ansehen des öffentlichen Dienstes sorgen.

Für eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Dienstes setzt sich nach Meinung von 29 Prozent der Beamten und 14 Prozent der Tarifbeschäftigten am stärksten die Union, nach Meinung von 22 bzw. 24 Prozent am stärksten die SPD ein. 46 bzw. 57 Prozent meinen, keine Partei würde sich dafür in ausreichendem Maße einsetzen.

> Parteienkompetenz

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Die Parteien stehen für					
	eine gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst		Anerkennung und Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit		eine weitere positive Entwicklung des öffentlichen Dienstes	
	Beamte %	Tarifbeschäftigte %	Beamte %	Tarifbeschäftigte %	Beamte %	Tarifbeschäftigte %
CDU/CSU	22	12	29	17	29	14
SPD	26	27	18	21	22	24
Linke	4	6	1	3	1	3
Grüne	2	3	2	1	2	1
sonstige Partei	2	1	0	0	0	1
keine Partei	44	51	50	58	46	57

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Jahr 2014 zum achten Mal untersucht, wie der öffentliche Dienst von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik wahrgenommen wird, welches Bild sich von den Behörden und ihren Bediensteten bei ihnen verfestigt hat, welche Erfahrungen sie mit Behörden gemacht und welche Erwartungen sie an den Staat als Dienstleister im Wettbewerbsumfeld mit privaten Anbietern öffentlicher Leistungen haben.

Es wurde wie in den Vorjahren auch in diesem Jahr geprüft, ob und inwieweit die Selbsteinschätzung der öffentlich Bediensteten von der Einschätzung der Bevölkerung abweicht. Die öffentlich Bediensteten wurden zudem nach der Zufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen befragt.

Die Erhebungen für diese achte Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst fanden Ende Mai/Anfang Juni 2014 statt. Befragt wurden 2.001 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger mithilfe computergestützter Telefoninterviews. Zusätzlich zu der repräsentativen Befragung wurden gesondert noch 1.001 Angehörige des öffentlichen Dienstes (411 Beamte; 590 Tarifbeschäftigte) befragt. Für die Ergebnisse auf Basis der Gesamtbevölkerung wurden nur die Angaben der 2.001 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger sowie die befragten Beamten und Tarifbeschäftigten ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre sowie der im öffentlichen Dienst Beschäftigten abbilden.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertragbar und damit repräsentativ.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen achten Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“ auch mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.